

neos

WEIL DIE PERSPEKTIVE
DER MENSCHEN ZÄHLT

WENIGER, EINFACHER, ENKELFIT

UNSER KONZEPT ZUR
STEUERREFORM
AUGUST 2017

WENIGER, EINFACHER, ENKELFIT

ÖSTERREICH HAT EINEN SEHR GUTEN LEBENSSTANDARD,...

... den wir erhalten wollen. Mit neuen Schulden und einer Steuerpolitik, die nur Löcher stopft, anstatt verantwortungsvoll mit den Einnahmen durch ihre Bürger_innen umzugehen, ist dies jedoch nicht möglich. Wir brauchen die Steuereinnahmen um unsere gemeinsame Zukunft und vor allem die unserer Kinder zu sichern. Deshalb ist es dringend notwendig, dass die Regierenden aufhören, permanent neue Schulden aufzunehmen und Reformen zu blockieren. Unser Programm bezieht sich auf Vorschläge von WIFO, IHS und Rechnungshof und wurde durch Expert_innen der Economica durchgerechnet.

➔ Ausgaben um 19 Mrd Euro senken

Die Umsetzung der bereits bestehenden Empfehlungen von Seiten des Rechnungshofes und externen Expert_innen führt zu einer Senkung der Ausgaben um 19 Mrd Euro.

➔ Steuerhoheit für Länder und Gemeinden

Sie werden einen Teil der Einkommenssteuer selbst einheben und haben damit die volle Verantwortung über die Höhe und Verwendung.

➔ Faktor Arbeit um 6,6 Mrd Euro entlasten

Dies beinhaltet die drastische Senkung der Lohnnebenkosten, der Einkommenssteuer und die Abschaffung der Kalten Progression. Allein bei den Lohnnebenkosten entlasten wir um 4,8 Mrd Euro, die Einkommenssteuer um mindestens 1,8 Mrd Euro und treten damit dem Wettbewerbsnachteil entgegen.

➔ Einfaches Steuersystem durch weniger Abgaben

Wir brauchen ein nachvollziehbares Steuersystem und streichen deshalb einige Steuern gänzlich.

➔ Abgabenquote auf 39% senken

Mit unseren Maßnahmen entlasten wir sofort um 8,2 Mrd Euro und erreichen über die nächsten 8 Jahre eine Abgabenquote von 39%.

➔ Kalte Progression abschaffen

Durch die Abschaffung der kalten Progression entlasten wir die Bürger_innen bis Ende 2019 um 1,6 Mrd Euro.

EINE VERANTWORTUNGSVOLLE STEUERPOLITIK FÜR UNSERE ZUKUNFT

DER ÖSTERREICHISCHE STAAT VERDIENT GUT, ...

... seine Steuereinnahmen steigen jährlich an. Gleichzeitig steigen jedoch die Ausgaben Jahr für Jahr und damit auch die Staatsschulden. Trotz einer der höchsten Abgabenquoten in Europa schaffen es die Regierenden nicht, zukunftsfit mit den Steuereinnahmen hauszuhalten. Länder mit ähnlichen Strukturen beweisen, dass es viel besser und im Sinne der Bürger_innen funktionieren kann.

Für uns NEOS ist Steuerpolitik schon immer Zukunftspolitik und wir haben von Anfang an mit externen Expert_innen Vorschläge und Lösungen präsentiert. Nach dem Steuerreförmchen 2016 und der Beibehaltung der Kalten Progression ist das Ergebnis so eindeutig wie davor: Wir brauchen dringend eine Ausgaben- und Verwaltungsreform und müssen in vielen Bereichen die Einnahmen besser verteilen. Mit unseren Maßnahmen ist es möglich, die Abgabenquote über die nächsten acht Jahre von momentan 43,2% (2017) auf 39% zu senken.

WIR ENTLASTEN ALLE BÜRGER_INNEN, ...

... die in unser System einzahlen und am allerstärksten den Faktor Arbeit. Durch unser Reformkonzept vereinfachen wir zusätzlich das Steuersystem, geben den Gemeinden und Ländern Steuerhoheit und beenden die jährliche Erhöhung der Staatsverschuldung. Wir können unsere Zukunft nicht durch fahrlässige Steuerpolitik aufs Spiel setzen. Anstatt immer mehr Geld für die Rückzahlung der Zinsen und das Stopfen von Budgetlöchern zu verwenden, sollen Steuern wieder vermehrt für Bildungseinrichtungen, Infrastruktur, Innovation und viele weitere öffentliche Aufgaben verwendet werden.

DAS HEISST:

Steuerpolitik ist Zukunftspolitik! Wir entlasten Österreich um 8,2 Mrd Euro und setzen zusätzlich Wachstumsimpulse durch die Senkung der Lohnnebenkosten und investieren vermehrt in Bildung und Infrastruktur. Alle haben mehr Geld im Börserl und wir gehen mit den Einnahmen verantwortungsvoller um. Externe Expert_innen, der Rechnungshof sowie der Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt, dass dies möglich ist.

ABGABENQUOTE:

Diese gibt den Anteil von Steuern und Sozialbeiträgen an der Wirtschaftsleistung an. Sie beinhaltet die Sozialbeiträge, die Lohnnebenkosten, die Steuern auf Einkommen, Kapital, Gewinne und Vermögen sowie die Steuern auf Güter und Dienstleistungen. Die Abgabenquote in Österreich beträgt 43,2% des BIPs. Zum Vergleich: Deutschland 40,5%, Schweiz 28,2%, Niederlande 39,6% und im EU-Durchschnitt 40,2%.

AUSGABEN UM 19 MRD EURO SENKEN

ÖSTERREICH GIBT IN VIELEN BEREICHEN WESENTLICH MEHR AUS ...

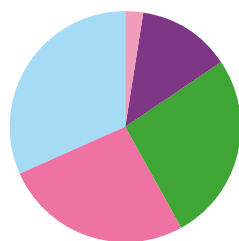
... als vergleichbare Staaten. Die über Jahrzehnte aufgebauten Strukturen sind oftmals nicht mehr den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen und verursachen enorme Kosten. Wichtige Ansatzpunkte sehen wir bei den Sozialversicherungsträgern, bei der Kooperation zwischen Gemeinden, Ländern und Bund sowie bei den Pensionen. Das Förderwesen mit Doppelt- und Dreifachförderungen muss ebenso ein Ende haben. Wir wollen Wohlstand und Lebensqualität in Österreich steigern. Dies funktioniert nur mit einem verantwortungsvollen Staat, der im Sinne der Bürger_innen und nicht zuerst an die eigenen Klientelinteressen denkt. Wir fordern deshalb die Verantwortung für Steuereinnahmen von Ländern und Gemeinden, die diese in Zukunft selbst einheben werden.

NEOS HABEN DIE HIER ANGEFÜHRTEN AUSGABENSENKUNGEN ...

... von externen Expert_in durchrechnen lassen und ziehen auch die Expertenmeinungen des Rechnungshofes, des Fiskalrates, OECD und des Wirtschaftsforschungsinstituts mit ein.

Folgende Kriterien stehen an oberster Stelle:

- Ausgaben müssen einen klaren Nutzen haben
- Ausgaben müssen ein konkretes Ziel verfolgen und nachvollziehbar sein
- Ausgaben müssen transparent sein



■	Föderalismus und Verwaltung	2,5 Mrd
■	Gesundheitsverwaltung	5 Mrd
■	Wirtschaft & Entbürokratisierung	0,5 Mrd
■	Pensionen	5 Mrd
■	Förderungen	6 Mrd

AUSGABENSEITIGE BUDGETKONSOLIDIERUNG:

In Österreich ist es notwendig, die hohe Steuer- und Abgabenquote zu senken und zusätzlich ausgabenseitig durch Reformen zu sparen. Es braucht strukturelle und nachhaltige Reformen, die die öffentlichen Konsumausgaben und Gehälter beinhalten, sowie Sozialausgaben und Transfers. Kompetitive Steuerquoten erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und machen den Standort attraktiver. Dies bewirkt vermehrte Investitionen und führt zu einer wachstumsfördernden Dynamik. Länder wie Schweden und Dänemark beweisen, dass diese Reformen innerhalb weniger Jahre möglich sind. Schweden konnte zum Beispiel innerhalb eines Jahres bereits 23,2% und nach fünf Jahren 71,1% des Konsolidierungsvolumens umsetzen. Sie senkten innerhalb von sechs Jahren die Ausgaben um 10,4% des BIP.

EINSPARUNGEN IM ÜBERBLICK

PENSIONEN: 5 MRD EURO

Das Pensionssystem muss enkelfit und generationengerecht gestaltet werden: Maßnahmen wie die Berücksichtigung der Lebenserwartung, das Auslaufen der Frühpensions- und Sonderpensionsmodelle und eine Angleichung des Frauenpensionsalters sind in Europa üblich. Diese bringen uns fünf Milliarden Euro Ersparnis.

FÖRDERUNGEN: 6 MRD EURO

Der Staat nimmt von allen Bürger_innen – und gibt es manchen über Förderungen zurück. Eine Angleichung des Förderniveaus auf EU-Durchschnitt spart sechs Milliarden Euro.

FÖDERALISMUS UND VERWALTUNG: 2,5 MRD EURO

Bessere Kooperation, harmonisierte Dienst-, Besoldungs- und Pensionsordnungen, Halbierung der Parteienförderung sowie eine Entwirrung der Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden bringen 2,5 Milliarden Euro Einsparungspotenzial.

GESUNDHEITSVERWALTUNG: 5 MRD EURO

Eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Sozialversicherungsträgern, bessere Präventionsmaßnahmen, mehr ambulante Behandlungen und effizientere Spitäler können fünf Milliarden Euro einsparen, ohne die Versorgungsstandards zu senken.

WIRTSCHAFT UND ENTBÜROKRATISIERUNG: 0,5 MRD EURO

Bürokratie und Auflagen bremsen die Wirtschaft und ihre Verwaltung kostet Geld. Entbürokratisierung beschleunigt und spart Kosten.

SUMME: 19 MRD EURO

DAS HEISST:

Österreich gibt wesentlich mehr aus als vergleichbare Staaten. Wir wollen eine moderne, effiziente Verwaltung und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bund, Länder und Gemeinden. Durch Vereinfachungen und klare Zuständigkeiten können wir sinnlose länderspezifische Vorschriften (wie z.B. bei der Bauordnung) vereinheitlichen. Wir sind für die größtmögliche Treffsicherheit bei Förderungen und Sozialausgaben.

ALLEINE IN DEN LETZTEN MONATEN hat die Regierung mehrere Milliarden Euro für fragwürdige Förderungen ausgegeben (Stichwort: Beschäftigungsbonus). Diese wurden von vielen Wirtschaftswissenschaftler_innen kritisiert.

STEUERHOHEIT FÜR LÄNDER UND GEMEINDEN

DORT WO AUSGEGEBEN WIRD, MUSS AUCH EINGENOMMEN WERDEN

Um Verantwortung in Länder und Gemeinden zu schaffen, muss dort, wo ausgegeben wird, auch eingenommen werden. Wir fordern deshalb Steuerhoheit für Länder und Gemeinden. Momentan hebt der Bund Steuern ein und verteilt sie an diese. Wir wollen stattdessen eine stärkere ökonomische Orientierung der Einnahmen- und Ausgabengestaltung auf Länder- und Gemeindeebene erreichen. Sie werden einen Teil der Einkommenssteuer selbst einheben und sorgen damit für eigene Einnahmen. Die Gemeinden erhalten aufgrund der Streichung der Kommunalsteuer bis zu 6% in jeder Steuerklasse und die Bundesländer 5% (siehe Tabelle unten). Das bedeutet auch, dass die Länder und Gemeinden mit der Möglichkeit zu niedrigeren Steuersätzen miteinander konkurrieren und die eigene Standortattraktivität wichtiger wird. Zusätzlich entstehen positive Wirkungen auf die Effizienz des Einsatzes öffentlicher Mittel und unabhängigerer Gemeinden und Länder.

WIR RECHNEN, ...

... die Vorteile des 13/14. Monatsgehalts gleich in die neuen Steuertarife ein und schaffen den zusätzlichen, teuren Verwaltungsaufwand ab. Die steuerlichen Vorteile und damit ein Mehrverdienst bleiben erhalten und zugleich wird der administrative Bereich entlastet. Die Steuerentlastung bei den Einkommen ist durch die Steuerreform 2016 anfangs nicht so stark. Durch die Abschaffung der Kalten Progression und eine laufende Anpassung der Tarifstufen entsteht jedoch das erste Mal ein faires und nachhaltiges Lohnsteuersystem. Den Bürger_innen wird nicht mehr heimlich Jahr für Jahr zusätzliches Geld aus der Tasche gezogen. Unser Hauptaugenmerk liegt auf der Senkung der Lohnnebenkosten und der damit einhergehenden Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Bemessungsgrundlage in EUR NEOS***	Steuersatz Bund NEOS	Zuschläge Bundesländer	Zuschläge Gemeinden	NEOS Tarif maximal*	NEOS Tarif mittel**	Tarif aktuell
bis 11.800 Euro	0%	0%	0%	0%	0%	0%
11.800 bis 20.800 Euro	9%	bis zu 5%	bis zu 6%	20%	14,5%	25%
20.800 bis 36.000 Euro	16%	bis zu 5%	bis zu 6%	27%	21,5%	35%
36.000 bis 70.000 Euro	25%	bis zu 5%	bis zu 6%	36%	30,5%	42%
70.000 bis 104.000 Euro	30%	bis zu 5%	bis zu 6%	41%	35,5%	48%
104.000 bis 1.100.000 Euro	34%	bis zu 5%	bis zu 6%	45%	39,5%	50%
über 1.100.000 Euro	39%	bis zu 5%	bis zu 6%	50%	44,5%	55%

*NEOS Tarif mit maximaler Ausschöpfung der Zuschläge durch Gemeinden (6%) und Bundesländer (5%)

**NEOS Tarif mit mittlerer Ausschöpfung der Zuschläge durch Gemeinden (3%) und Bundesländer (2,5%)

***Die Kalte Progression wurde berücksichtigt und somit erhöhen sich die Grenzen der Bemessungsgrundlage

SO ENTLASTEN WIR DIE BÜRGER_INNEN

MIT UNSEREN REFORMVORSCHLÄGEN BLEIBT DEN MITARBEITER_INNEN MEHR NETTO VOM BRUTTO

Wer?	Jahresbruttoeinkommen (gerundet)	Jährliche Entlastung NEOS Tarif maximal (gerundet) *	Jährliche Entlastung NEOS Tarif mittel (gerundet) **
2.400/Monat Brutto (Dezil 25%).	33.600 Euro	260 Euro	1.130 Euro
3.300/Monat Brutto (Dezil 50%)	46.400 Euro	600 Euro	1.980 Euro
4.700/Monat Brutto (Dezil 75%)	66.000 Euro	720 Euro	2.900 Euro

*NEOS Tarif mit maximaler Ausschöpfung der Zuschläge durch Gemeinden (6%) und Bundesländer (5%)

**NEOS Tarif mit mittlerer Ausschöpfung der Zuschläge durch Gemeinden (3%) und Bundesländer (2,5%)

DAS HEISST:

Wir fordern Steuerhoheit für Länder und Gemeinden. Diese bekommen ihre Einnahmen direkt von ihren Bürger_innen und tragen die volle Verantwortung für die Einhebung und Verwendung. Für die Steuerzahler_innen macht das keinen Unterschied, die Lohnsteuer verändert sich nicht, sondern nur deren Verteilung innerhalb des Staates. Damit erhalten wir Gemeinden, die unabhängiger von ihren Landeshauptleuten sind und verantwortungsbewusster mit den Einnahmen ihrer Bürger_innen umgehen. Selbst, wenn Länder und Gemeinden den maximal zulässigen Prozentsatz an Steuern einheben, bleibt der Gesamtsteuersatz dank der Tarifreform durch NEOS deutlich unter der aktuellen Höhe.

FAKTOR ARBEIT UM 6,6 MRD EURO ENTLASTEN

WIR WOLLEN, ...

... dass allen am Ende mehr Geld übrigbleibt. Deshalb entlasten wir den viel zu stark belasteten Faktor Arbeit. Dies beinhaltet sowohl die drastische Senkung der Lohnnebenkosten als auch der Einkommenssteuer. Wir fällen die Lohnnebenkosten um rund 4,8 Mrd Euro und die Einkommenssteuer um mindestens 1,8 Mrd Euro.

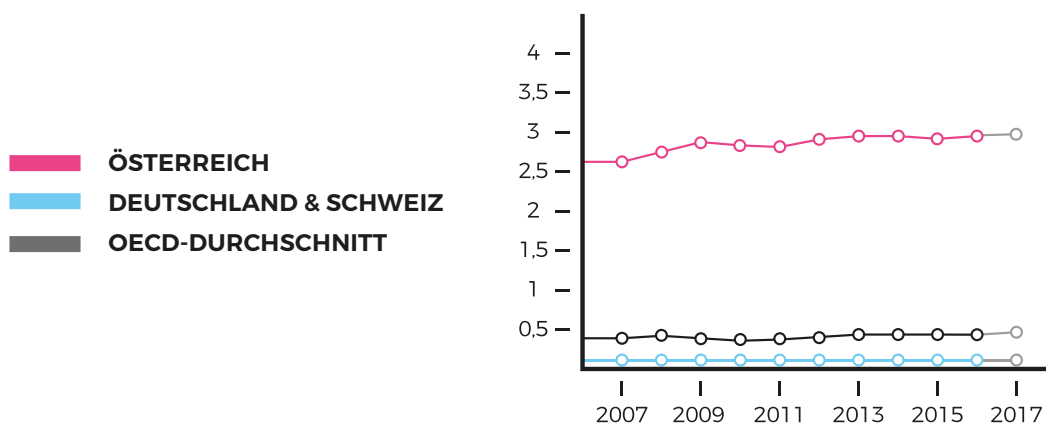
WIR FÄLLEN, ...

... die Lohnnebenkosten um insgesamt rund 4,8 Mrd Euro. Dies beinhaltet:

- ... Streichung der Kommunalsteuer: 3 Mrd Euro
- ... Streichung der Kammerumlage II: 0,3 Mrd Euro
- ... U-Bahnsteuer: 0,07 Mrd Euro
- ... Reform der Wohnbauförderung: 1 Mrd Euro
- ... Streichung des Invalidenausgleichsfonds: 0,155 Mrd Euro
- ... Arbeiterkammerumlage halbieren: 0,205 Mrd Euro

LOHNNEBENKOSTEN ALS PROZENT DES BIP:

Wie man an folgender Grafik sieht, sind die Lohnnebenkosten in Österreich außerordentlich belastend.

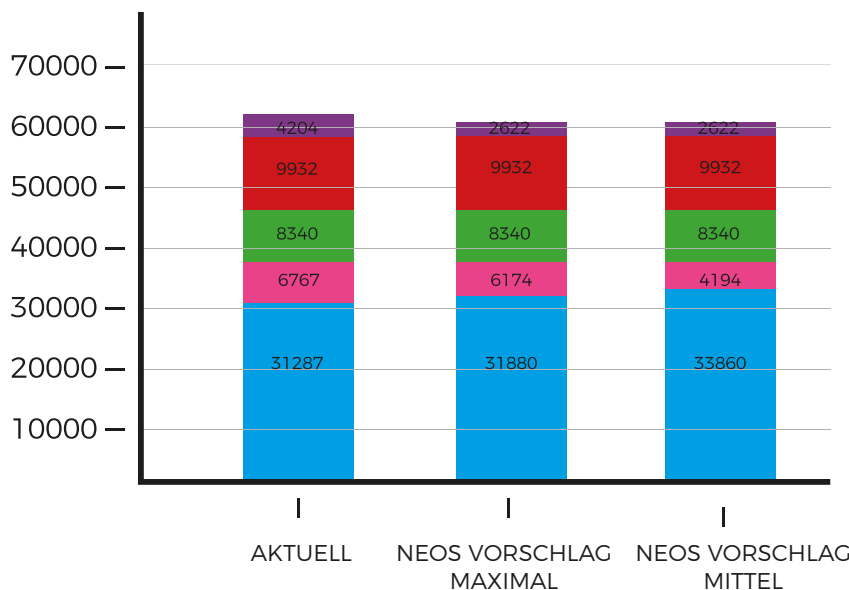


SO ENTLASTEN WIR DEN FAKTOR ARBEIT:

Mit unseren Reformvorschlägen senken wir die Kosten pro Mitarbeiter_in

Wer?	Jährliche Entlastung der Lohnnebenkosten
2.400/Monat Brutto (Dezil 25%)	1.600 Euro
3.300/Monat Brutto (Dezil 50%)	2.200 Euro
4.700/Monat Brutto (Dezil 75%)	3.100 Euro

MEHR GELD FÜR MITARBEITER_INNEN UND MEHR SPIELRAUM FÜR ARBEITGEBER_INNEN



**DAS HEISST:
MEHR NETTO,
WENIGER KOSTEN!**

- LOHNNEBENKOSTEN
- DIENSTGEBER SOZIALVERSICHERUNGSBEITRAG
- LOHNSTEUER
- DIENSTNEHMER SOZIALVERSICHERUNGSBEITRAG
- NETTO

DAS HEISST:

Wir entlasten die mittleren Einkommensbezieher_innen überdurchschnittlich und höhere Einkommen weniger stark und das nachhaltig. Unternehmer_innen und der Mittelstand haben durch die Senkung der Lohnnebenkosten mehr Ressourcen für Investitionen und neue Arbeitskräfte zur Verfügung. Arbeitnehmer_innen verdienen mehr und Unternehmer_innen zahlen weniger.

WIR WOLLEN,...

...einen transparenten Lohnzettel, damit Arbeitnehmer_innen die hohen Lohnnebenkosten, die Staat, Kammern und Sozialversicherungen kassieren, selbst sehen.

Volle Transparenz für volle Kontrolle. Folgende Abgaben sind in Zukunft am Lohnzettel ersichtlich:

- ... Pensionsversicherungsbeitrag
- ... Arbeitslosenversicherungsbeitrag
- ... Kommunalsteuer
- ... Unfallversicherungsbeitrag
- ... Arbeiterkammer-Umlage
- ... Dienstgeberzuschlag bzw. Kammerumlage 2
- ... Nachtschwerarbeitsbeitrag
- ... Krankenversicherungsbeitrag
- ... Diestgeberbeitrag zum FLAF
- ... Beitrag zur Betrieblichen Mitarbeitervorsorgekasse
- ... Wohnbauförderungsbeitrag
- ... Insolvenzentgeltsicherungsbeitrag
- ... Schlechtwetterbeitrag
- ... Dienstgeberabgabe der Gemeinde Wien bzw. U-Bahnsteuer

EINFACHES STEUERSYSTEM DURCH WENIGER ABGABEN

1,6 MRD EURO ENTLASTUNG DURCH REFORMEN IM BEREICH DER GÜTERSTEUERN

Österreich hat eine sehr große Zahl an verschiedenen Steuern. Neben der Umsatzsteuer werden 21 weitere Steuern auf spezifische Güter und Dienstleistungen eingehoben. Wir wollen einige Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer aufheben und das Umsatzsteuersystem einheitlicher und transparenter machen.

Viele der Gütersteuern sind Bagatellsteuern und somit nicht effizient. Deren Einnahmen sind im Vergleich zum bürokratischen Aufwand gering. Wir streichen jene Steuern, deren Aufkommen geringfügig sind oder die im internationalen Vergleich eine Benachteiligung der inländischen Anbieter_innen darstellen.

DAS SIND:

Steuer	Aufkommen 2013	Aufkommen 2016	Veränderung
Versicherungssteuer	1.056 Mio Euro	1.147 Mio Euro	+91 Mio Euro (+8,6%)
Normverbrauchsabgabe	455 Mio Euro	429 Mio Euro	-26 Mio Euro (-5,7%)
Biersteuer	193 Mio Euro	196 Mio Euro	+3 Mio Euro (+1,5%)
Werbeabgabe	110 Mio Euro	107 Mio Euro	-3 Mio Euro (-2,7%)
Schaumweinsteuer	1 Mio Euro	23 Mio Euro	+22 Mio Euro (+2200%)
Zuckerabgabe	4 Mio Euro	4 Mio Euro	0
SUMME	1.819 Mio Euro	1.906 Mio Euro	+87 Mio Euro

WEITER AUF DER NÄCHSTEN SEITE 

EINFACHES STEUERSYSTEM DURCH WENIGER ABGABEN

Zusammenfassend ergibt sich also folgende Rechnung im Bereich der Gütersteuern:

ENTLASTUNG DURCH WEGFALL SPEZIFISCHER GÜTERSTEUERN: (VERSICHERUNGSSTEUER, NOVA, BIERSTEUER, WERBEABGABE, SCHAUMWEINSTEUER UND ZUCKERABGABE)	- 1,9 MRD EURO
MEHRAUFKOMMEN DURCH ANHEBUNG EINIGER MWST-SÄTZE: (LEBENDE TIERE/SAATGUT/PFLANZEN, FUTTERMITTEL, HOLZ, MÜLLBESEITIGUNG UND AB-HOF-WEIN)	+ 0,3 MRD EURO

ENTLASTUNG: **- 1,6 MRD EURO**

Die in dieser Studie vorgeschlagenen Optionen zu Reformen im Bereich der Gütersteuern würden also zu einer **Entlastung** der Steuerzahler_innen in Höhe von rund **1,6 Mrd Euro** führen.

DAS HEISST:

Einige Gebühren und Abgaben sind aus unserer Sicht eine einfache Geldquelle für den Staat auf Kosten der Bürger_innen. Wir wollen ein einfaches Steuersystem ohne zusätzliche Steuern und Abgaben, die für die Bürger_innen nicht nachvollziehbar sind. Deshalb streichen wir einigen Steuern gänzlich und entlasten damit alle Steuerzahler_innen um 1,6 Mrd Euro.

UNSER STEUERREFORM- KONZEPT IM ÜBERBLICK

Wir haben gemeinsam mit Expert_innen Einsparungen im Ausmaß von 19 Milliarden Euro berechnet. Damit sichern wir auch kommenden Generationen eine unbeschwerte Zukunft. Nach ca. acht Jahren ist der Vollausbau möglich.

WENIGER AUSGABEN

Pensionen (Pensionsalter, Früh- und Sonderpensionen, Frauenpensionsalter)	5 Mrd Euro
Förderungen (Angleichung der öffentlichen Förderungen auf EU-Niveau)	6 Mrd Euro
Föderalismus & Verwaltung (klare Aufgabenverteilung, Parteifinanzierung halbieren)	2,5 Mrd Euro
Gesundheitsverwaltung (mehr Effizienz und Kooperation)	5 Mrd Euro
Bürokratieabbau	0,5 Mrd Euro
Summe	19 Mrd Euro

MEHR INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Investitionen in Bildung	3,5 Mrd Euro
Abbau von Staatsschulden	3,2 Mrd Euro
Abdeckung des Budgetdefizits	4,1 Mrd Euro
Faktor Arbeit	6,6 Mrd Euro
Reform Gütersteuern	1,6 Mrd Euro
Summe	19 Mrd Euro